

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederholter Abonnement durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Die Postanstalten nehmen Bestellungen an.

herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Central-Vorstands
von
Centralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vorsitzender).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsamt 15 M., Familienamt 15 M.,
Verlagsamt 10 M., Arbeitsmarkt 5 M.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 772.

Nr. 82.

Berlin, Mittwoch, 16. Oktober 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Vergleichs.

Zur Frage der Wertzuwachssteuer. — Deutschland in Zahlen. — Höchst-Dokumenta. — Passiva Rechts. — Allgemeine Rundschau — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Zur Frage der Wertzuwachssteuer.

Es ist namentlich in letzter Zeit öfter ausgesprochen worden, daß die Mitglieder der Deutschen Gewerkvereine zu allen öffentlichen Fragen entschiedene Stellung nehmen müssen. Namentlich bei Wahlen oder Amtshandlungen sie sich nicht zurückziehen, sondern müssen sich jederzeit ihrer Pflichten bewußt sein. Nun ist jetzt die Zeit, wo in zahlreichen Gemeinden die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen usw. stattfinden. Da müssen auch diejenigen kommunalen Fragen, die von aktueller Bedeutung sind, erörtert werden, schon damit die Kollegen in der Lage sind, die aufgestellten Kandidaten zu fragen, wie sie sich zu dieser oder jener Angelegenheit stellen. Man wird sie beispielweise interpellieren müssen, ob sie für die Einführung des Proportionalwahlsystems für die Gewerbevertreter eintraten, gesonnen sind. Ebenso wenig wird man aber auch an der Frage der Wertzuwachssteuer stillschweigend vorübergehen können. Um was es sich dabei handelt, sei in kurzem erörtert an der Hand eines Vortrages, der vor kurzem in Königsberg vom Stadtrat Sembach gehalten wurde.

Es soll mit der Wertzuwachssteuer der Wertzuwachs des Grund und Bodens besteuert werden, der nicht oder nicht hauptsächlich durch eigene wirtschaftliche Tätigkeit, sondern durch andere Einflüsse, wie günstige Entwicklung des Gemeindewesens, Verbesserung städtischer Einrichtungen, Anlegung von Befahrswegen u. dergl. erzielt worden ist.

Durch derartige Dinge würde natürlich der Wert des Grund und Bodens, ohne daß sein Besitzer etwas dazu getan hat, und man kann es verstehen, daß schon vor langer Zeit namhafte Nationalökonomen, wie John Stuart Mill und Professor Adolf Wagner in Berlin auf die Bekämpfung dieses unverdienten Wertzuwachses hingewiesen haben. Man kann in der Tat Grund und Boden einerseits und eine beliebige Ware andererseits nicht gut miteinander vergleichen. Grund und Boden sind keine Ereignisse, die man nach Belieben hin und her transportieren kann, sondern die festgelegt und nur in einer durch die Natur begrenzten Menge vorhanden sind. Diese Unvermeidbarkeit von Grund und Boden bei der heutigen Entwicklung der Städte, namentlich der Großstädte, die immer mehr Boden zur Unterbringung der Bevölkerung benötigen, mußte natürlich zu einer fortwährenden Preissteigerung des Baulandes führen. Bekannt sind namentlich die Verhältnisse in Brix und Schöneberg bei Berlin, wo Besitzer von wenigen Morgen Ackerland allein durch die Steigerung der Bodenpreise zu vielleicht Millionen geworden sind. Analoge Beispiele, wenn auch vielleicht nicht in so krafter Form, liegen sich auch aus anderen Großstädten anführen. Einiges Ackerland hat, wenn es durch die Ausbreitung der Stadt in ihrer Nähe gerückt wurde, den vielfach, ja außergewöhnlichen Wert bekommen, ohne daß der Besitzer auch nur den Finger gerührt oder das geringste dazu beigetragen hätte.

Diese Entwicklung, die besonders in den letzten drei Jahrzehnten immer deutlicher in die Erziehung getreten ist, hat die Einführung einer Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs nahegelegt. Den ersten Versuch damit machte man im Jahre 1873 in Bremen, wo die Wertzuwachssteuer in Form einer Abgabe erhoben wurde, die in gewissen Beträumen von den durch Abschöpfung des Grundstückswerts ermittelten Wertzuwachs festgestellt war. Der Versuch mißglückte zunächst. Man nahm ihn in anderer Form an anderen Orten wieder auf und erreichte zunächst in Frankfurt a. M., dann in

Köln, Dortmund, Breslau und anderen Orten sehr günstige Erfolge. In Köln hat die Wertzuwachssteuer im letzten Jahre nicht weniger als 385 000 M. eingebracht, während im Elsass nur 20 000 M. angezeigt waren. In Elsass kamen in $\frac{1}{4}$ Jahren 90 000 M. ein, in Frankfurt a. M. im Jahre 1904 228 000 M., im Jahre 1905 835 000 M., und im Jahre 1906 618 000 M. Daraus ist zu erkennen, daß die Wertzuwachssteuer ein überaus wertvolles Steuerober Objekt für die großen Kommunen ist. Es lohnt sich also wohl schon aus rein finanziellen Gründen, diese Steuer ins Auge zu lassen. Jeder billig denkende Mensch, und zwar nicht nur der besitzlose, wird aber auch zugeben müssen, daß eine Steuer auf einen Gegenstand, für den der Betreuer auch nicht das geringste getan hat, durchaus billig und angebracht ist. Es ist deshalb sehr zu bebauen, daß in Berlin, dessen Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr sich noch für die Einführung der Wertzuwachssteuer grundsätzlich ausgesprochen hatte, die diesbezügliche Vorlage jetzt im Herbst schließlich abgelehnt wurde, weil die gegebene Form der Richtung genügte.

Gegen die Wertzuwachssteuer werden auch bekanntlich Einwände erhoben, naturgemäß besonders von Leuten, die bei Einführung dieser Steuerart am Gedanken getroffen würden. Es wird da zunächst betont, daß die Steuer ungesezt sei, eine Ansicht, die durch zwei Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichtes endlich abgetan worden ist. Wenn dann gesagt wird, die Steuer sei ungerecht und unwillig und komme einer Vermögenskonfiskation gleich, so ist darauf zu erwideren, daß man dann jede Steuer als Vermögenskonfiskation ansiehen kann. Hinsichtlich ist auch der Einwand, daß die Steuer einen Eingriff in das Privatentgelt darstelle. Mit derartigen Dingen sollte man heute nicht mehr kommen, wo sich der Staatsbürger soviel Eingriffe in sein Selbstbestimmungsrecht gefallen lassen muß. Wie man von einer Ungerechtigkeit bei der Steuer sprechen kann, ist ebenso unverständlich. Im Gegenteil, auf diese Weise kann wenigstens auch von denjenigen Spekulanten etwas geholt werden, die an irgend einem Ort mit Grund und Boden Geschäfte treiben, aber auswärts wohnen. Wenn ferner von den Gegnern der Wertzuwachssteuer immer wieder behauptet wird, die Steuer sei abwertbar und verteuere infolgedessen die Mieten, so sind diese Einwände hinfällig. Träfen sie zu, dann hätten doch die Terrainpelanten, welche die grimmigsten Gegner der Steuer sind, gar keine Veranlassung, so entschieden gegen die Steuer anzutreten. Denn ethische Gründe sind für diese sicherlich nicht ausschlaggebend.

Um allgemeinen kann gefragt werden, daß die Wertzuwachssteuer sich in verhältnismäßig kurzer Zeit zahlreiche Freunde erworben hat. Ihre Verbreitung hat schnelle Fortschritte gemacht, und von Jahr zu Jahr meint sich die Zahl der Gemeinden, in denen sie Eingang findet. Auch die Reichshauptstadt wird zu der Frage noch einmal Stellung nehmen müssen, schon um auch nicht den Schatten eines Beweises für die Bekämpfung aufzutunnen zu lassen, daß sie auch nur auf diesem Gebiete mit einer der rückständigsten Gemeinden in Deutschland ist.

Δ Deutschland in Zahlen.

VI.

Wieviel bittere Enttäuschungen und begrabene Hoffnungen mögen für manchen intelligenten Menschen in den Bissern enthalten sein, die wir jetzt mitteilen wollen. Diese Bissern handeln vom deutschen Patentwesen. Unsere Redaktion hat sich sehr oft zu befassen mit der Beantwortung von Anfragen über neue Erfindungen. Hoffe lieber gar nicht als zu viel, lieber Freund, so wünschen wir nur zu oft am Schluß unserer Auskunft den Fragestellern anraten. Wer mancher hat sich um so große Hoffnungen gemacht. Wir lernten einmal einen Mann kennen, der von dem

Wert seiner Erfindung so sehr überzeugt war, daß er mit Sicherheit darauf rechnete, noch einmal auf Gummireifen fahren zu können. Wir konnten diese Hoffnungen nicht teilen und haben leider recht behalten. Der Erfinder ist der arme Teufel geblieben, der er vorher auch war.

Seit Bestehen unseres Patentgesetzes sind 458 687 Patente angemeldet worden; im letzten Jahre 1906 betrug die Zahl der angemeldeten Patente 33 822. Nicht einmal die Hälfte der seither angemeldeten Patente wurde amtlich bekannt gemacht, nämlich nur 203 416. Die Zahl der erteilten Patente betrug im ganzen 181 275. Allein die Zahl der abgelaufenen und wegen Nichtzahlung der Gebühr erlöschenden Patente betrug schon 143 849. Am Schluß des Jahres 1906 waren an alten und neuen Patenten im ganzen noch 38 844 in Kraft. Über 420 000 der angemeldeten Patente sind mittlerweile wieder in die Wilden gegangen, sei es, daß sie inzwischen erloschen sind, sei es, daß sie gar nicht anerkannt wurden, oder was wohl ihr Schicksal gewesen sein mag.

Was man nicht patentieren kann, das sieht man als Gebrauchsmodell an. Von diesen wurden im letzten Jahr 94 653 angemeldet, aber nur 28 255 eingetragen, so daß 5444 schon ihre Erledigung fanden, bevor sie noch eingetragen wurden. 11 222 waren am Jahresende noch unerledigt, denn es lagen allein 6994 Auslegungsanträge vor. Auf Grund Berichts oder Urteils kamen 3403 und wegen Zeitablaufs 202 567 Gebrauchsmodelle zur Löschung. Nur in 4536 Fällen wurde die Gültigkeitsdauer des Gebrauchsmodells durch Zahlung einer Gebühr von 60 M. um ein Jahr verlängert.

Reben dem Gebrauchsmodell gibt es dann auch noch eingetragene Warenzeichen. Von dem im Jahre 1906 angemeldeten 16 564 Warenzeichen kamen nur 8663 zur Eintragung, 1786 wieder zur Löschung und nur 5016 zur Erneuerung.

Die Zahl der Patente, die in den einzelnen Landesteilen erworben werden, richtet sich ganz nach dem Stande der gewerblichen und industriellen Entwicklung dieser Gebiete. Von 1877 bis 1906 wurden Patente erteilt nach Preußen 547, nach Westpreußen 584, nach Berlin 21243, an außerhalb Berlins wohnende Brandenburger 5477, an Pommern 1087, an Bewohner der Provinz Polen 698, der Provinz Schlesien 4819, der Provinz Sachsen 5691, der Provinz Schleswig-Holstein 2002, der Provinz Hannover 3714, der Provinz Westfalen 5948, der Provinz Hessen-Nassau 6674, der Provinz Rheinland 16 389 und des kleinen Landesgebiets Hohenzollern 21. Within sind im Königreich Preußen in den letzten 20 Jahren im ganzen 74 894 Patente erteilt worden. Die anderen deutschen Staaten sind wie folgt bestellt: Bayern 5782, Sachsen 14 757, Württemberg 3714, Baden 3639, Hessen 2241, Medienburg-Schwerin 452, Medienburg-Strelitz 44, Sachsen-Weimar 577, Oldenburg 287, Braunschweig 1655, Sachsen-Meiningen 274, Sachsen-Altenburg 210, Sachsen-Gotha-Gotha 830, Anhalt 775, Schwarzburg-Sondershausen 87, Schwarzburg-Rudolstadt 99, Waldeck 21, Reuß L. 105, Reuß L. 247, Schwarzburg-Lippe 18, Lippe 242, Bremen 644, Hamburg 3904 und Elsaß-Lothringen 1386, so daß an Deutsche im ganzen 119 453 Patente erteilt wurden. Dazu kommen 4 auf die Schutzegebiete entfallene Patente und 61 816 in Deutschland erteilte ausländische Patente. Diese Ziffern zusammen addiert ergeben die schon eingangs genannte Summe der gesamten in Deutschland erteilten Patente von 181 275.

Das Reichs-Beratamt klassifiziert die Erfindungen nach numerierten Abteilungen. Da gibt es wohl kaum ein technisches oder praktisches Gebiet, das nicht in einer dieser Abteilungen untergebracht werden könnte. Wer seinen Schaffens erfolgreich aufstrebgt und wirklich Gutes und Brauchbares er-

wird. Es sind viele Unternehmen und nicht Zeit, in der es anders ist.

Die Rieft der "sozialen Kultur" soll ein einiges von dem "sozialen Kultur". Erklärt werden kann, daß die Arbeit mit dem Kultur mit dem Kultur auf den Städten und dem Kultur, die die Belebung und das Leben auf dem Lande und nicht im Städten und nicht im Kultur.

Weise die Art des um die Arten mit dem

1907.
durchsetzt
sich ver-
einbarer-
auftrag
der Ver-
waltung
Rechte
Leute
und
eines Be-
triebene
Januar
Inhalt

fügigkeit
seitlichen
arbeitet. Es-
nung von
Betrieben
Bürgern
dienst
durch
der Stadts
Ruppin,
Lebus
erhöht
Kilometer
eine ent-
räumung
arlotten-
schafts-
tigt ge-
Baues
Be-
arbeiter-
raum in

e Mög-
igkeiten
griff in
ist aller-
so weit
denn
smäßig

Wirt-
schafts-
priesten
worden
lt, daß
schafts-
nem
sich
s auch
Biel-
Auch
abend-
mehr
dritts-
ngebot
bericht
sein
danach

die Arbeiter gut daran, durch Anschluß an eine Organisation und Ausführung neuer Mitglieder ihre Position zu fördern, um die bei jedem geschäftlichen Niedergang widerstreitenden Versuche auf Herabsetzung der Löhne mit Nachdruck zurückweisen zu können.

Zur Abwehr der Schädigungen, welche dem Niedergewerbe durch die zahlreichen Streiks der Hafenarbeiter zugesetzt worden sind, soll im Laufe dieser Woche eine Versammlung von Schiffseigen tütern in London stattfinden, an welcher Vertreter aus Antwerpen, Amsterdam, Copenhagen, Dänemark, Genua, Göteborg, Hamburg und Rotterdam gegen sein werden. Den Hauptgegenstand der Versammlungen soll die Frage haben, welche Abwehrmaßregeln am zweckmäßigsten gegenüber den fortgesetzten Angriffen getroffen werden können, sowie die Frage, wie der Plan eines internationalen Gewerkschaftsverbands am wichtigsten zu befürworten ist. Der Gedanke dieser Zusammenkunft ist von englischer Seite ausgegangen. Auch die Arbeiter müssen daran beteiligt werden, um den geschlossenen Unternehmertum eine ebenso geschlossene Masse der Arbeiterschaft entgegenstellen zu können. Man sieht übrigens auch an diesem Beispiel wieder, daß übertriebener Radikalismus lediglich dazu dient, die Gegner fester zusammenzuschließen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Töpfer und Töpfervorarbeiter in Berlin dauert unverändert fort. — Die Rahmenvergolder in Berlin und den Vororten beanspruchen Lohnforderungen zu stellen und haben infolgedessen eine Lohnkommission zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs geschaffen. — Nachdem in Berlin seitens der Unternehmer der mit den Holzieren abgeschlossene Tarifvertrag gefündigt worden ist, haben die Arbeitnehmer eine Lohnkommission gewählt, die unter Absehung der von den Unternehmern gestellten Bedingungen eine Lohnerhöhung von 65 auf 70 Pf. und für die Helfer von 50 auf 55 Pf. fordern soll. — Der Leipziger Steinleger sind in einer Tarifbewegung eingetreten. Sie fordern in einer 8-stündigen Arbeit einen Windfuhrlohn von 80 Pf., für Hilfsarbeiter einen solchen von 55 und 70 Pf. — Der Bergarbeiterkreis in der Niederlausitz ist bereit, ohne daß es den Arbeitern gelungen ist, irgend welche nennenswerten Vorteile zu erzielen. Bedauernswert ist es nach Ende der vorherigen Woche zu einer argen Ausbreitung gekommen. Ein Arbeitswilliger ist von einem ausländischen Überfallen und daraus mißhandelt worden, daß er an den Kunden verstorben ist. — Die Hedwigswunschgrube in Borsigwerk, auf der 2500 Arbeiter beschäftigt sind, erhobte aus freier Entschließung ihren Arbeitern, die sich in diesem Jahre nicht an den Lohnbewegungen beteiligt haben und überhaupt nicht mit Forderungen hervorgetreten sind, den Schichtlohn, die Hörner und Schlepper erhalten für jeden Wagen 2 Pf. mehr, für die Wagenförderer wird der Schichtlohn um 20, für die Zigarrenarbeiter um 10 Pf. erhöht. — In Leipzig sind 2500 Musikinstrumentenarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne, 85 stündige wöchentliche Arbeitszeit und für Überstunden einen Zufluss von 33/4 Pf. pro Stunde. Die Unternehmer haben die Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband abgelehnt. — Auch die Bilderauhenthaltsfänger in Leipzig haben beschlossen, am heutigen Dienstag die Arbeit niedergelegen, falls ihr eingesetzte Forderungen nicht befriedigt werden. — Um eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der überaus niedrigen Löhne zu erzielen, sind die Arbeiter des Emailleurwerkes Bellino & Co. zu Göppingen in eine Lohnbewegung eingetreten.

Nach kurzem Streik haben 3000 Kohlenarbeiter in Paris die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen seitens der Arbeitgeber eine Lohnförderung zugesagt worden ist. — In Salzburg sind die Damenschneider in den Ausland getreten, in Linz bei einer Firma die Herrenschneider wegen möglicher Verblüffung in der Werkstatt. — Die Beleidigung des Streiks der Gasarbeiter in den oberitalienischen Städten ist nicht so schnell vor sich gegangen, wie wir in der letzten Nummer glaubten. Als nämlich nach Beendigung des Streiks die Arbeitswilligen abhauen wollten, kam es zu einem Zusammentreffen zwischen den sie begleitenden Gendarmen und am Streik beteiligten Arbeitern. Dabei traten die Gendarmen so rücksichtslos auf, daß mehrere Arbeiter schwer verwundet und einer sogar getötet wurde. Die Beleidigung darüber war so groß, daß nun der allgemeine Generalstreik in Mailand proklamiert wurde. Infolge der schärfsten Verurteilung aber, die das Vorgehen der Beamten die Geschäftsführung wieder aufgenommen. — In Antwerpen ist die Ruhe noch immer nicht völlig hergestellt. Die Unternehmervororganisation sucht sich um die gemachten Zugeständnisse zu drücken, so daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß ein neuer Streik ausbricht.

Ungeachtet ist auch die Situation in England, wo die Organisation der Eisenbahner in den Streik zu treten beabsichtigt, wenn ihr seitens der Eisenbahngesellschaften die Anerkennung verlangt wird. Es ist wahrscheinlich, daß, wenn es zu einem Streik der Eisenbahner kommt, alle in den Transportbetrieben beschäftigten Arbeiter sich ihnen anschließen werden. — In der finnischen Hauptstadt Helsingfors sind die Uhrmachergehilfen in einen Streik eingetreten. Ihre Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Einschränkung der Lehrlingsbeschäftigung sind von den Arbeitgebern rückweg abgelehnt worden.

Die Mädelständigkeit der Deutschnationalen, die sich in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den laufmännischen Fortbildungsschulen für weibliche Angestellte äußert, ist klarlich von neuem zum Ausdruck gekommen in der Sitzung der Handelskammer für das Großherzogtum Sachsen. Auch hier handelt es sich um die Erteilung von laufmännischen Fachunterricht an weibliche Personen. Dagegen war vom Deutschnationalen Handlungsfreiheit verband eine Einigung eingereicht worden, die erfreulicherweise aber keine Beschriftigung fand, sondern als wenig sinnhaft bezeichnet wurde. Der Fachunterricht wird also auch für weibliche Personen in dem Bezirk der Handelskammer eingeführt.

Eine merkwürdige Organisation, die der sozialen Ausbildung ihrer Berufsgenossinnen so ener- gischen Widerstand entgegenstellt!

Einen überaus rogen Briefwechsel scheint die „Schles. Ztg.“ zu haben. Nachdem erst vor kurzem eine Frau aus dem Volke, die „Ztg.“ der Arbeiter nach Unfallrente in einer Zeitschrift so drastisch charakterisiert hatte, wendet sich jetzt ein Arzt an das genannte Blatt, um zu zeigen, welcher „Unzug“ mit den Unfallrenten getrieben wird. Der Herr Doktor erzählt, daß ein junger, kräftiger Mann in den zwanziger Jahren mit einem Stelzbein zu ihm gekommen sei. Das eine Bein hatte er durch einen Betriebsunfall verloren. Er hatte einen schweren Brust ausgebildet, und da er sich befreite auf seinem Stelzbein bewegte, so hielt es der Arzt noch für denkbar, daß er trotzdem schwere Arbeiten können könnte. Zwischen diesen Krüppel und dem Arzt soll nun folgendes Zwiegespräch stattgefunden haben:

Arzt: Erhalten Sie Unfallrente für den Verlust Ihres Beins? Patient: Ja, 45 Pf. im Monat.

Arzt: Wieviel Prozent sind das? Patient: Das weiß ich nicht, früher habe ich viel mehr bekommen, aber als ich anfang zu arbeiten, haben sie mir die Rente abgezogen. Arzt: Sie können also wieder Ihren früheren Beruf ausüben? Patient: Jetzt arbeite ich gar nichts mehr. Ich werde mich hören, noch einmal zu arbeiten. — Damit Sie mir noch mehr abziehen! Ich komme ja auch so aus, ich wohne bei meiner Schwiegereltern, da lange's schon!

Darauf will dann der Arzt auf die weitere Unterhaltung verzichtet haben. Denn obgleich er schon viel mit Unfallverletzten und Rentenjägern zu tun gehabt hätte, mit so dünnen Worten sei ihm doch nie der Standpunkt des verhörrten Arbeiters entzählt worden: „Du sollst die Unfallrente erstreben und keinen anderen Verdienst neben ihr haben.“ Schade, daß der Arzt sich mit dem Arbeiter nicht noch weiter unterhalten hat! Vielleicht hätte dieser ihm noch erzählt, wie glücklich er sich mit dem Stelzbein fühlt und daß er jedem Arbeiter nur empfehlen würde, sich einen solchen Unfall anguziehen. Wie ein Blatt derartigen Unfalls in der Welt jenen kann, ist uns unverständlich. Noch damals allerdings ist es, wenn es glaubt, daß es damit gegen die Arbeiterversicherungsgehilfe schert machen kann. Wer dieser Gelegenheit hat, die Rechte von Unfallverletzten wahrzunehmen, der weiß, wie schwer es ist, eine auch nur einigermaßen angemessene Rente zu erzielen. Der betreffende Arzt versteht davon ganz gewiß nichts. Sonst würde er sich nicht von einem Mann mit einem Stelzbein annehmen, daß er schwere Arbeiten verrichten könnte. Die „Schles. Ztg.“ hat wirklich Pech mit ihren Geschäftsführern.

Für die Herauszeichnung nichtsozialdemokratischer Arbeiter als Kandidaten für die bevorstehenden Stadtvorsteherwahlen in Berlin spricht sich in der Handelskammer „Walde“ unser Verbandskollege Paul Troger aus. Er schreibt das mit Recht:

„In denn unsere Stadtverordnetenversammlung wirklich so auf der Höhe, daß es nicht lohnt, daran zu gehen, daß bei den neuen Wahlen ein paar Freunde mit großem Gesichtskreis und volkstümlichen Ansichten da hineinzukommen.“

Noch bei jeder großen Frage, die die Bevölkerung, und die dem engen Kreis, aus dem sich die Stadtverordneten der Mehrzahl nach rekrutieren, fern liegt, hat es sich gezeigt, daß unsere Stadtverwaltung dringend neue Männer bedarf.

Wir wollen die Gründe heute nicht aufzählen, aber daran erkennen wollen wir, daß man Ursache hat, Einsicht zu halten.

Man sollte es nur einmal versuchen, mit der nichtsozialistischen Arbeiterschaft Führung zu gewinnen, und man wird saugen, mit welchen Waffen der Kreislinie in Berlin für sich zu rechnen hat. Man gebe es auf, sich in engen Konvente einzufassen. Hinzu kommt, daß der Erfolg wird nicht ausbleiben.“

Diese Ausführungen sind durchaus zutreffend, und wir können nur wünschen, daß die darin enthaltenen Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen. Einmal frisches Blut kann der Berliner Stadtvorsteherwahlgremium wahrlich nicht schaden.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Zahl der auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes bis Ende 1906 errichteten Gewerbegerichte in Deutschland beträgt 399. Jüngstes Schiedsgerichte gab es zu dem gleichen Zeitpunkt 429, auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte 20; von den letzteren 10 in Preußen, 6 in Elsaß-Lothringen. Es waren im Jahre 1906 an Rechtsstreitigkeiten anhängig zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und zwar auf Klage der Arbeitgeber 105.532 und auf Klage der Arbeitgeber 10653, zwischen Arbeitern des selben Arbeitgebers 343. Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter ist verhältnismäßig gering gewesen. Von beiden Teilen als Einigungsamt angerufen wurden die Gewerbegerichte in 253 Fällen, nur seitens der Arbeitgeber in 234 Fällen. Eine Vereinbarung kam in 192 Fällen zu stande, ein Schiedsgericht in 38. Die Unterwerfung unter den Schiedsgericht erfolgte seitens beider Teile in 29 Fällen; nur seitens der Arbeitgeber in 3, nur seitens des Arbeitnehmers in 4 und seitens keines Teilens in 2 Fällen.

An Kaufmannsgerichten gab es im Deutschen Reich am Schluß des Jahres 1906: 248, wodurch 208 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert waren. Rechtsstreitigkeiten waren bei ihnen im verhältnismäßig zwischen Kaufleuten und ihren Handlungsgesellern oder Lehrlingen und zwar auf Klage der Kaufleute 2050, auf Klage der Gehilfen und Lehrlinge 17117 anhängig. Als Einigungsämter fungierten die Kaufmannsgerichte in 4 Fällen, wodurch auf die Anrufung beider Teile kam. In 3 Fällen wurde eine Vereinbarung zu stande gebracht.

Der Antrag des Sparkassens bei Kindern hat der Gemeindevertretung von Hargröde in Anhalt nach der „Preuß. Lehrer-Ztg.“ einen sehr verständigen und nachhommenswerten Beifall gefunden. Danach erzählt jedes Kind bei der Aufnahme in die Volkss- und Mittelschule an Kosten der Sparkasse ein Sparfestsbuch mit einer Einlage von 1 Mark. Auf dem Titelblatt des Buches ist außer dem Vor- und Familiennamen und den Geburtsdaten des Kindes folgender Sperrvermerk verzeichnet: „Gehört bis zum Ablauf der gesetzlichen Schulpflicht Einlage und Binsen verfallen der Sparkasse, wenn bis zu dieser Zeit oder dem früheren Ableben nichts hinzugegeben ist.“ Die Einlagen können 4 Wochen vor der Entlassung aus der Schule als Beihilfe zu den Kosten der Konfirmation abgehoben werden. Über die Behandlung der Spar-einlagen solcher Schulkinder, die innerhalb der schulpflichtigen Zeit nach auswärts verziehen, beschließt das Sparkassenbestirium.

Einen geschicklichen Ruhetag hat die Regierung von Portugal auf dem Berordnungswege eingeführt. Dieser Ruhetag von 24 Stunden soll aber nicht allein den Angestellten, Beamten und Arbeitern zugestehen, sondern die Geschäftsführer sollen ihn ebenfalls haben. Das Merkwürdigste an dem Gesetz ist, daß nicht die Sonntagsruhe verlangt wird, sondern nur einigermaßen angemessene Rente zu erzielen. Der betreffende Arzt versteht davon ganz gewiß nichts. Sonst würde er sich nicht von einem Mann mit einem Stelzbein annehmen, daß er schwere Arbeiten verrichten könnte. Die „Schles. Ztg.“ hat wirklich Pech mit ihren Geschäftsführern.

Internationale Sozialpolitik. Wie mehrere französische Zeitungen melden, beabsichtigt Frankreich mit England einen Beitrag abzuschließen, nach dem jedes der beiden Länder die Angehörigen des andern Staates an den Wohnstätten seiner sozialen Versorgung teilnehmen läßt.

Die 352. Versammlung des Vereins für Volkshilfe und Unterhaltungen findet am Sonntag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen

findet, der macht sich um die Menschheit verdient. Natürlich gibt es auch Erfindungen, deren Zweck es ist, Tod und Verderben zu bringen. B. V. für die Abteilung 72, welche das Gebiet der Schußwaffen umfaßt, wurden in 30 Jahren 3224 Patente erteilt.

Der menschliche Geist bringt immer mehr die gewaltigen Kräfte der Natur unter seine Herrschaft. Sein grübelnder Sinn ist unablässig darauf bedacht, die Methoden der Arbeit zu vereinfachen, um sie den Menschen zu erleichtern. Was wäre die Menschheit ohne diese grübelnden Geister? Vor gerade 100 Jahren, am 7. Oktober 1806, stach das erste Dampfschiff durch die Wellen des Hudson. Aber schon mehr als 100 Jahre früher fuhr auf einem deutschen Fluss ein deutsches Dampfschiff. Die am dampflosen Schiffserkehr beteiligten Menschen strückten von dieser Erfindung ihr Unglück, und so gerührten sie das erste Dampfschiff, das doch nur gekommen war, ihnen die Arbeit leichter zu machen. Und 100 Jahre ruhte die Erfindung, bis sie 1807 ihre Auferstehung in Fulton's Dampfschiff auf dem Hudson feierte. Von da ab ging es raus aufwärts. Hätten wir auch heute das Dampfschiff noch nicht, so wäre Deutschland außerstande, seine wachsende Bevölkerung mit Arbeit zu versorgen und zu ernähren. Auf den ersten Blick sind die Menschen der Meinung, die neuen Erfindungen an Maschinen machen die Arbeiter brotlos. Im Einzelfall trifft dies auch zu, nicht aber im Gesamtfeld. Hier tritt sogar das Gegenteil ein, denn die Erfindungen vermehrten die Warenmenge und ermöglichen den wachsenden Verbrauch an Waren. Man darf daher den Satz ausspielen, daß nicht trok, sondern gerade wegen der fortwährenden Technik der Bedarf an Arbeitskräften zunimmt. Die technische Entwicklung erleichtert den Menschen die Arbeit durch die Schonung ihrer körperlichen Kräfte. Sie haben dafür aber einzutauschen müssen einen rascheren Verbrauch ihrer Ressourcen. Für die notwendige Schonung der Nerven in unserer modernen Zeit gibt es nur ein Rezept: Die Verkürzung der Arbeitszeit und eine dem gesundheitlichen Interesse dienliche nützliche Verwendung eines Teils der gewonnenen freien Zeit.

□ Hirsh-Punkteriana.

In der neuesten Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ findet man etwa sieben Spalten Text, die sich mit den Gewerbevereinen befassen. Wer nun erwartet, der Kampf gegen uns würde endlich einmal auf dem Boden der verdeckten Prinzipien geführt, ist bitter enttäuscht. Noch nie stand die Kampfweise der großen Deutschen gegen uns, was Gedankeninhalt betrifft, so niedrig wie diesmal. Eine Menge der allererbärmlichsten Kleinlichkeiten wird auf sieben Spalten breitgetragen. Ancheinend hat der „rupige Heinrich“ von Düsseldorf seine Korrespondenz wieder eingesetzt.

Wir haben uns nun entschlossen, der „Metallarbeiterzeitung“, obgleich ihr diese Kampfweise durchaus geläufig ist, doch noch etwas weiter unter die Arme zu greifen und stellen ihre nachstehende Aussage zum sofortigen Abdruck zur Verfügung:

Ein kräfter Hirsh oder der Metallarbeiterverband in der Welt voran! Von unserer Ortsverwaltung im Herrenhausnicht wird uns mitgeteilt, daß der dortige Polizeibeamte des Gewerbevereins in letzter Zeit seine Geschäftsfahrt sehr unvorteilhaft verändert hat. Während er bisher immer recht frisch und gesund ausgab, wird diese jetzt immer bleicher und ist nun fast gitronengelb. Der kräfte Hirsh kann natürlich nicht, daß wir genau wissen, was die Ursache dieser Wandlung ist. Wir aber haben keine Veranlassung mit unserer Wissenschaft hinter dem Berge zu halten. Der Grund ist einfach folgender: Der gelbe Hirsh hat erfahren, daß das Vermögen des deutschen Metallarbeiterverbandes in einer recht erfreulichen Abnahme begriffen ist, während das Vermögen des Gewerbevereins gar nicht abnimmt. Unser Verband ist also auch hier dem Gewerbeverein weit voran. Darüber hinaus ist dieser Edelhirsh nun wütend und ärgert sich gelb. Das tut uns zwar sehr leid, aber wir können nicht verhindern uns zu bestimmen. Im Gegentand, wir hoffen bestimmt, daß die paar Kröten, die wir heute noch haben, auch in einigen Monaten verschwunden sind. Dann mag der Gewerbeverein sehen, wo er mit seinem gefüllten Geldsack bleibt. Der Metallarbeiterverband in der Welt voran!

Ein vernichtender Schlag. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß kein dentender Arbeiter Mitglied des Gewerbevereins werden kann, so sind wir jetzt imstande, diesen Beweis zu führen. Guten Informationen zufolge werden auf dem Hauptbüro des Gewerbevereins nur alle 8 Tage die Papierwerke geleert. Die Folge ist, daß spätestens Freitag nachmittags in jeder Woche die Papierfächer anfangen überzulaufen und sich ein Teil des Inhalts in die Bureaucäuse ergiebt. Einer unserer Kollegen, der auf dem Bureau des Gewerbevereins tätig ist um eine Unterstützung vorschreibt, fand vier Papierfächer an der Erde liegen, je einen roten, grünen, blauen und

hellvioletten. Das ist doch geradezu standhaft! Können unsere Mitglieder, wenn sie beim Gewerbeverein eine Unterstützung nachsuchen, nicht ein sauberes Büro verlangen? Man betriebe sich demgegenüber die ununterholten Einrichtungen auf dem Bureau des Metallarbeiterverbands. Nicht nur, daß die Papierfächer mit Rücksicht auf die großen Mengen gedroschenen leeren Strohes achtmal so groß sind wie die Papierfächer des Gewerbevereins, werden sie auch täglich jedesmal geleert, zu welchem Zweck extra eine elektrische Papierverarbeitungsmaschine im Betriebe ist. Soweit hat es der Gewerbeverein noch nicht gebracht. Die Arbeiter mögen daraus aber erkennen, wie groß die Vorteile sind, die ihnen der Metallarbeiterverband bieten kann. Man halte den Gewerbevereinsmitgliedern diese Tatsachen unter die Nase, dann kann es uns am Erfolg nicht fehlen.

) Siegel für heute, später mehr! Er jetzt ist das Wort nur noch dem seligen Abramam a Santa Clara (1806) erteilt, der auch in der „Metallarbeiterzeitung“ gegen den Gewerbeverein zierte.

Er schreibt uns aus dem Himmel:

„Es tut mir leid, daß ich schon vor so langer Zeit auf Erdem herumgetrieben bin. Das geschwollene Lustgewebe, dem ich damals schon die Bockähne einschlug, steht auch heute noch die Menschheit an. Diese elenden Schmetzliegen, wenn ich sie doch auch heute noch an die Wand klatschen könnte! In Ungarn lebt eine Mistläuferart, die schon von den alten Römern als der „heilige Bissendreher“ bezeichnet wurde. Er dreht Tierkopf zu etwa fünf Zentimeter großen Billen zusammen und lebt davon wochenlang. Äffart so machen es diese Stuttgarter Bissendreher. Aber lassen Sie sich den Kampf gegen diese Sorte nicht verbieden. Auch wir wollten sie schon damals das Leben vereilen. Mein großer Nachfolger Göthe aber hat schon einen Spruch geschrieben, der ganz gut von mir herüberschreiten könnte. Er lädt Gott sagen mit dem Bezug auf Leute, die andern immer Dreiges nachzagen:

„Wir wissen alles, mach es kurz!
Am jüngsten Tag ist's wie ein....
Im übrigen Ihr
Abraham a Santa Clara.

Passive Resistenz.

Ein wirtschaftliches Kampfmittel, das in den letzten Jahren mehrfach von Arbeitern in Anwendung gebracht worden ist, denen das Koalitionsrecht verweigert wird, ist die passive Resistenz. Augenblicklich hat Oesterreich darunter zu leiden, indem die Eisenbahner mit Hilfe dieses Kampfmittels gewisse Fortbewegungen durchzubringen bemüht sind. Handel und Verkehr haben darunter gewaltig zu leiden, so daß auch bereits Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Einigung geführt worden sind. Dieselben sind jedoch gescheitert, und der Kampf, von dem der Unionskunde kaum etwas weiß, läuft weiter. Auf der Strecke Berlin-Altona und darüber hinaus hat der Güterverkehr sowie die Auf- und Abgabe sämtlicher Güter eingestellt werden müssen. Die Kohlenwerke können nur stundenweise fördern, da Wagenmangel eingesetzt ist. Bis nach Deutschland hinein machen die Wirkungen des passiven Resistenz bemerkbar.

Um nun unserm Leser ein drastisches Bild zu liefern, wie die passive Resistenz wirkt, sei folgende Schilderung aus einem österreichischen Blatte hier wiedergegeben:

In allen Bahnhöfen, Stationen und namentlich an den Kreuzungspunkten sind die Gleise verlegt, furt, der Bereich steht gründlich. Und doch wird die passive Resistenz dem Auge auf den ersten Blick nicht so recht fällt. Betritt man so eine Station, so arbeiten die Eisenbahner wie gewöhnlich. Sie wird verschoben, angeholt, die Waggons werden gehoben, Frachten werden hier und da nach ein- und ausgeladen, Personen steigen noch immer bei den Zügen ein und aus, kommen an, fahren fort, der Beamte mit der roten Mütze sieht auch immer da, furt, dem Auge des Beobachters bietet sich scheinbar noch immer das gleiche Bild des Eisenbahnlebens, das ja jeder kennt. Und doch die Bespannungen bei den Personenzügen, das Einfahren der Güterzüge, das Soden des gefüllten Berges. Die passiven Resistenz, das vorchristlichste Werkzeug, ist eben etwas, was sich nicht jedem Auge sofort offenbart. Ein Beispiel: Ein Zug fährt ein, sagen wir ein Postzug, der auch einen Waggon Gülit mit sich führt. Der Waggon soll nun in der Station abgesperrt werden, da er nicht für Wien bestimmt ist, sondern nach Ungarn geht. Solche Waggons pflegen man früher — in der Zeit des vorchristlichsten Arbeitens — als leiste dem Auge einzuhütern, um sie leichter abzuhängen zu können, obwohl das ganz vorchristlich war. Jetzt ist das anders. Jetzt wird ein solcher Wagen, se es die Institution vorbereitet, unmittelbar nach dem Postwagen untergebracht. Fährt nun der Zug zwanzig oder noch mehr Waggons mit sich, so sind dann ebensoviel Güte notwendig, um den Wagen mit dem Gülit dahin zu bringen, wohin er gebracht werden soll. Diese „Schäfe“ vorchristlich ausgeführt, erfordern beträchtlich mehr.

*) Abraham a Santa Clara, eigentlich Ulrich Regens, geb. 1642, gest. 1709, war Schriftsteller und lange Jahre hindurch kaiserlicher Hofprediger am österreichischen Hof. Er war in seinen Predigten und Schriften von einer törichtlichen Grobheit und ist dadurch berühmt geworden.

Zeit, als wenn ein Wagen bis „abgeplätt“ wird. In die Abfahrtsszeit endlich da, vergleichen der Dienstabende Befehlsbeamte und der Zugführer gewissenhaft ihre Uhren, um zu sehen, ob sie in der Zeit überstimmen und nicht etwa differieren. Früher, in der reisefreien Zeit, in der Zeit des vorchristlichsten Arbeitens, war das anders. Da nahm man die Sache nicht so genau. Da rief der Beamte dem Zugführer einfach zu: „Abfahrt soundsoviel“.

Ein anderes Beispiel: Eine „Zugsgarantur“ soll zusammengestellt werden. Dabei ist es notwendig, daß ein Wechsler überlegt werden muß. Früher wurde nun dem Befehlsbeamten einfach zugewiesen: „Auf Gleis soundsoviel“. Heute macht man das anders, denn dieses abgelegte Verfahren ist gegen die Befehlsbeamten. Heute wird zuerst dem Stationsbeamten gemeldet, daß eine Zugsgarantur mit soundsoviel Wagen, sagen wir vom Gleis a auf das Gleis b gebracht werden soll. Nun wird an den Befehlsbeamten telephoniert, und erst wenn dieser zurücktelephoniert, daß er die Melbung verstanden habe, wird die Weisung ausgeführt. Der Befehlsbeamte begibt sich zur Zugsgarantur und gibt nun die Signale zum Bereitstellen mit der vorchristlichsten Fangfahrt. Und so kommt es, daß trotzdem in allen Stationen heutzutage so gearbeitet wird, wie früher, der Befehl schon in wenigen Tagen durch den vorchristlichsten Dienstbeamten, gründlich unterbunden und gehemmt wurde. So gründlich, daß sich die Wirkungen selbst in Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich bemerkbar machen.

Man kann sich denken, daß auf diese Weise die größten Stockungen entstehen müssen. Die Art des Kampfes hat etwas Heimlichtümliches an sich; die Arbeiter aber besitzen kein anderes Mittel, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ob es mit dem Koalitionsrecht nicht besser ginge?

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 15. Oktober 1907.

Die Verhandlungen über das neue Statut des allgemeinen Knappenschaftswesens sind ergebnislos verlaufen. Die in Bodum abgehaltene Generalversammlung hat den vorgeschlagenen Entwurf trotz lebhafter Befürwortung durch die Vertreter der Regierung und gewisser Befürworter der Bergwerksleute abgelehnt. Von 320 anwesenden Delegierten stimmten bei einer Stimmenthaltung 300 gegen und nur 25 für das Statut. Die Folgen dieses Beschlusses lassen sich einstellen noch nicht übersehen. jedenfalls wird die Regierung zum 1. Januar 1908 Zwangshäkten einführen, auf deren Inhalt man gespannt sein darf.

Eine schwere Beeinträchtigung der Freiheitigkeit bedeutet der Ertrag, den der Minister der öffentlichen Angelegenheiten in Preußen veröffentlicht hat. Es wird darin angeordnet, um die Abwanderung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Betrieben während der Bauzeit des Großfährhafenweges Berlin-Stettin nach Möglichkeit vorzubeugen, daß hierbei Arbeiter nicht angenommen werden dürfen, die in den letzten zwölf Monaten mindestens drei Monate in den Kreisen Letzow, Zauch-Belzig, Niederbarnim, Ostbarnim, Oberbarnim, Ruppin, Templin, Angermünde, Königsberg, Neumark, Lebus in einem landwirtschaftlichen Betrieb während der Bauzeit des Großfährhafenweges zwischen Berlin und Stettin gearbeitet haben. Dieser Befehl ist nicht mindestens 25 Kilometer von der Unionsführung der neuen Wasserstraße entfernt liegt. Nicht betroffen von dieser Begrenzung sind diejenigen Arbeiter, die in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niedorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und Spandau beschäftigt gewesen sind. Über weitere, während des Baues möglich, als erforderlich herausstellende Beschränkungen bei der Auswahl des Arbeitpersonals entscheidet das Königliche Hauptbeamte in Potsdam.

Damit wird Tausenden von Arbeitern die Möglichkeit genommen, eine sich ihnen bietende günstigere Arbeitsschance zu entgehen. Ihre Freiheitigkeit wird schwer beeinträchtigt. Gegen diesen Eingriff in eines der wichtigsten Rechte des Volkes muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. So weit darf das Entgegenkommen gegen die Agrarier denn doch nicht gehen, daß ihnen zuließe verhältnismäßig garantierte Grundrechte preisgegeben werden.

Die Zeichen für die Verstärkung der Wirtschaftslage mehren sich. Nachdem bereits aus Rheinland-Baden verschiedene ungünstige Nachrichten über die Lage des Arbeitsmarktes verbreitet worden sind, wird jetzt auch aus Oberösterreich mitgeteilt, daß sich die Unschärfe in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage vermehrt habe. Während des September hat sich eine Abstirbung bemerkbar gemacht, die sich teils in der schwachen Haltung der Werke, teils auch in der geringen Beziehung der Werke äußert. Vielfach wird bereits mit Feierlichkeiten gearbeitet. Auch die Mitteilungen der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ bestätigen diese Angaben. Wenn auch die öffentlichen Arbeitsnachweise im allgemeinen noch ein verhältnismäßig befriedigendes Gepräge zeigen, indem Angebot und Nachfrage sich decken, so scheint doch der Heraufschwung in diesem Jahre viel schwächer zu sein als in den Vorjahren. Auf alle Fälle tun danach

